

Die Galle wird jährlich bei postmaliger ...

Der Reichstag ...

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Wochen die Expedition ...

Einzelne Hefen ...

Redaktion und Haupt-Expedition ...

Nr. 273.

Galle a. S., Dienstag, den 15. Juni.

1909.

Die Erbschaftsteuerentwürfe zur Reichsfinanzreform.

Drei neue Steuergesetzentwürfe.

Die verbündeten Regierungen haben sich im Interesse einer schnelleren Erledigung der Reichsfinanzreform entschlossen, noch bevor der Reichstag über die ihm am 3. November v. J. unterbreiteten Gesetzesentwürfe endgültig Beschluß gefaßt hat, eine Reihe von Erbschaftsteuerentwürfen zu veröffentlichen, welche nach den bisherigen Verhandlungen Aussicht auf Annahme zurzeit nicht haben.

Die drei neuen Steuergesetzentwürfe, betreffend Änderungen des Erbschaftsteuer-, des Reichsstempel- und des Wechselstempelgesetzes, zu ...

Die verbündeten Regierungen halten an dem Grundsatze fest, daß von dem neu aufzubringenden Steuerbedarf von 500 Millionen Mark wenigstens 100 Millionen ausschließlich auf die Schultern der bestehenden Klassen gelegt werden müssen.

Für diese Abgaben in ihrer ursprünglichen Form ist keine Mehrheit im Reichstag vorhanden. Inzwischen können die verbündeten Regierungen den von der 32. Kommission des Reichstages ausgearbeiteten, in Artikel II und III des Finanzgesetzes enthaltenen Steuern auf Wertpapiere und auf den Wertzuwachs bei Grundstücken nicht zustimmen.

Die in den bisherigen eingehenden Verhandlungen zur Reichsfinanzreform vorgelegten unternehmen Versuche, die Besteuerungsfrage in anderer Weise befriedigend zu lösen, haben dargetan, daß es in der durch die bundesstaatliche Verfassung vorgezeichneten Verhältnisse für das Reich eine andere allgemeine Besteuerung als die Erbschaftsteuer nicht gibt. Die verbündeten Regierungen sind bereit, der Ausdehnung der Erbschaftsteuer eine Form zu geben, die den geltend gemachten Einwendungen und Wünschen Rechnung trägt, und bringen dementsprechend eine neue Vorlage ein, die sich als Erweiterung der bestehenden Erbschaftsteuer auf das Erbe von Verlebenden und Ehegatten in den Erbvertrags-Ehe darstellt.

Nächst sich durch eine allgemeine Besteuerung der Betrag von 100 Millionen Mark nicht erreichen, so erübrigt nur, den Vermögensbesitz in seinen einzelnen Erscheinungsformen in der Hinsicht auf verschiedene wirtschaftliche Vorzüge, die ihm im Verkehr in die Erscheinung treten lassen, hinsichtlich zu erfassen, und zwar den Besitz an Immobilien und Mobilien durch eine Stempelabgabe auf die Veräußerungsgeschäften, den reinen Kapitalbesitz durch eine Erhöhung des Erbschaftsteuerns. Allerdings ist es hierbei nicht in gleichem Maße wie bei einer allgemeinen Besteuerung ausführbar, die wirtschaftliche Lage des einzelnen, insbesondere eine dem Besitz gegenüberstehende Verpflichtung zu berücksichtigen. Um so mehr müssen wenigstens alle Vorstöße von Steuern ausbleiben, die in ihrer Wirkung nicht nur den Vermögensbesitz, sondern auch die Vermögensbildung treffen und daher hemmend und föhrend in die Entwicklung des Wirtschaftslebens eingreifen.

Nachlasssteuer

Es ist nicht nur von den grundsätzlichen Gegnern einer Besteuerung des Gattens- und Kindererbes, sondern auch von denen, die einer derartigen Erweiterung der Erbschaftsteuer zustimmen gegenüberstehen, der Vorwurf erhoben worden, daß auf die Zahl der Erben keine Rücksicht genommen werde, und daß daher der aus dem progressiven Charakter der Steuer sich ergebende höhere Steuerfuß die einzelnen Erben auch dann treffe, wenn der auf jeden von ihnen entfallende Anteil an einer in viele Teile gehenden Erbschaft nur gering sei. Für die Form der Nachlasssteuer sprechen nun zwar von finanziellen Standpunkten aus eine Reihe gewichtiger Gründe, die Möglichkeit, mit niedrigeren Prozentsätzen anzufragen und doch ansehnliche Erträge zu erzielen, weil die Steuer sich auf eine breitere Gesamtbasis aufbaut, ferner der Umstand, daß die Nachlasssteuer sich finanziell nicht nur mit einer Nachlasssteuer zweckmäßig verbinden läßt. Indessen sind die zugunsten gerade dieser Steuerform geltend zu machenden Gründe für die verbündeten Regierungen nicht von solcher Bedeutung, daß diese nicht auch zu einem Ausbau der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder bereit wären. Daneben soll der neue Entwurf einer Reihe von Einwendungen Rechnung tragen, die in den Debatten der letzten Monate gegen die vorgelegte Erbschaftsteuer erhoben sind.

Die Befürchtung, daß die Steuer ein für die nächsten Angehörigen nicht leicht zu ertragendes

Eindringen der Steuerbehörde in die Familienverhältnisse zur Folge haben könne, richtet sich vornehmlich und kann sich nur richten gegen den Zwang zu einer Offenlegung des Mobilienvermögens und gegen die Notwendigkeit einer Wertabfindung von Gegenständen, die man bisher nicht nach dem Verkaufswert zu betrachten gewohnt war. Denn hinsichtlich des übrigen Vermögens kann auch bei der Erbschaftsteuer von einem tieferen Eindringen in die Vermögensverhältnisse der Familie, als es etwa bei der Einkommen- und Vermögenssteuer der Fall ist, die Rede nicht sein. Jener Zwang wird daher der Boden entzogen, wenn man bei der Besteuerung des Gattens- und Kindererbes den Mobilienbesitz, soweit er nicht in Kapitalien, insbesondere in Wertpapieren besteht, aus der Besteuerung völlig ausschließt. Das bedeutet zwar einen nicht ganz unbedeutenden Einnahmefall, doch wird dieses Opfer gebracht werden können in der Erwartung, daß dadurch der Steuer das behäufige genommen wird, was sie für weite Kreise noch gehabt haben mag.

Ein weiteres sehr erhebliches Entgegenkommen gegen vielfach geäußerte Wünsche bedeutet die

Freiwilligkeit des Gattens- und Kindererbes.

Schon der Entwurf eines Nachlasssteuergesetzes enthielt die Bestimmung, daß, wenn der Nachlass an gemeinschaftliche Abstammlinge aus der Ehe mit dem vorverstorbenen Ehegatten des Erblassers fällt, auf die Nachlasssteuer der vom verstorbenen Ehegatten für seinen Anteil am Nachlass des erstverstorbenen Ehegatten seinerzeit entrichtete Betrag in Anrechnung gebracht wird, und erkannte damit den Grundgedanken an, daß die Steuer in solchen Fällen also nur einmal zu entrichten sein sollte. Der neue Entwurf geht hier noch einen Schritt weiter und entwirft so den Entwurf, daß die Steuer in dem Falle unfällig ist, wo die Ehefrau dasjenige, was der Mann hinterläßt, hat mit-erwerben und mit-erhalten können. Weiter soll die Steuer nach einer neu eingefügten Bestimmung dann nicht erhoben werden, wenn der Erbvertrags-Ehe der Familie im Felde gefaßt ist.

Es ist endlich immer und immer wieder betont worden, daß die Erbschaftsteuer deshalb ungerecht wirke, weil sich ihr das mobile Kapital viel leichter entziehen könne als das Grundvermögen, und daß die Leistung, unter Lebenden bewegliches Vermögen unbemerkt zu übertragen, naturgemäß in den engen Familienverhältnissen, zwischen Gatten untereinander und zwischen Eltern und Kindern, besonders groß sei. Man kann dahingestellt sein lassen, wie weit eine solche Befürchtung gerechtfertigt ist, wird aber jedes Mittel willkommen heißen müssen, das einer unrichtigen und unvollständigen Abgabe des Nachlassvermögens entgegenzuwirken geeignet ist. Der Entwurf stellt das Recht des Erbschaftsteueramtes vor, unter Umständen eine Befürchtung an Gebes steht über die Richtigkeit und Vollständigkeit der eingereichten Erbschaftsteuererklärung und der weiteren Angaben zu fordern.

Um den kleineren und mittleren Besitz der Steuer freizulassen.

Es ist die Grenze, von der ab eine Erbschaftsteuerung für die bezeichneten Personalklassen überhaupt erst eintreten soll, so gering, daß, wenn der reine Wert des Gesamtnachlasses — auch hier ungedehnt den nicht in Kapitalien bestehenden Mobiliennachlass — nicht mehr als 20 000 M. beträgt, Steuerfreiheit eintritt, gleichviel, wie hoch der Erwerb des einzelnen Erben ist, und daß im übrigen die Steuerpflicht für Kinder und hinterlassene Ehegatten erst bei einem Erbansatz von mehr als 10 000 M. beginnen soll. Im übrigen sind alle diejenigen Vermögensgegenstände zugunsten des künftigen Erbes befreit, die der früher vorgelegte Entwurf einer Erbschaftsteuerentwürfe enthielt.

II. Die Versicherung gegen Feuergefahr.

Inbesondere soweit der Gebäudebesitz und das hauswirtschaftliche Mobiliar in Frage kommt, bietet einem in ganzen zuverlässigen Anhalt für den Vermögensstand des einzelnen. Durch Freilassung der kleineren Versicherungsverträge unter 5000 M. kann auf das geringere Maß der Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen werden. Die durch das eigene Interesse des Versicherungsnehmers gebotene Richtigkeit der Selbstversicherung macht eine Wertfeststellung seitens der Steuerbehörde entbehrlich und damit die Veranlagung außerordentlich einfach. Bei dem hohen Stande des Versicherungswesens in Deutschland ist die Versicherung gegen Feuergefahr allgemein, und damit Gewähr geboten, daß derjenige Teil des Nationalvermögens, der für die Versicherung gegen Feuergefahr überhaupt in Betracht kommt, in weitestem Umfange auch steuerlich erfasst wird. Als Nr. 11 des Reichsstempeltarifs wird eine Stempelabgabe von

Quittungen über gezahlte Versicherungsprämien vorgelegt, die in Höhe von jährlich 1/4 vom Tausend der Versicherungssumme erhoben, ein Steuerentkommen von etwa 55 Mill. Mark erwarten läßt. Der vorgelegte Steuerfuß ist nicht so hoch, daß er zu einer Einschränkung der Versicherungsprämien führen oder für Handel, Industrie und Landwirtschaft die Versicherung der Poststoffe und Erzeugnisse über Gebühr verteuern könnte.

Der durch die vorbezeichnete Abgabe nicht ersetzte, in Wertpapieren bestehende Kapitalbesitz soll durch eine nochmalige Erhöhung des Erbschaftsteuerns (Nr. 1 bis 3 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz) befreit werden. Bei den mehrfachen und erheblichen Steuererhöhungen, die dieser Stempel bereits früher erfahren hat, und bei der sehr beträchtlichen landeseigentlichen Abgaben- und Gebührenlast, die auf der Begründung und Erweiterung der Aktiengesellschaften ruht, kann sich diese Erhöhung allerdings nur in mäßigen Grenzen bewegen. Bei ausständigen Wertpapieren scheint schon jetzt die Grenze nahezu erreicht, über die hinaus die Stempelvermehrung zu einer Fehlbildung der Papiere vom Inlandsmarkt und damit zu einem Rückgang in den Stempelentnahmen führen müßte.

Es sollen in Zukunft entrichtet werden: von inländischen Aktien 2 1/2 Proz., von ausländischen 3 Proz., von Kuxen 3 M., von Einzahlungen auf solche 2 1/2 Proz., von inländischen privaten Renten und Schuldverschreibungen sowie solchen ausländischer Staaten und öffentlicher Verbände 1 1/2 Proz., von sonstigen ausländischen Obligationen 1 1/2 Proz., endlich von Renten und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Verbände 3 vom Tausend. Neu hinzutreten die Aktien der deutschen Kolonialgesellschaften mit 1 Proz. Der Mehrertrag aus diesen Tarifänderungen darf auf etwa 10 Mill. Mark berechnet werden.

III. Innerhalb der Verkehrssteuern

empfahl es sich, einerseits den Grundstücken, andererseits den Geldverleihen heranzuziehen.

Die verbündeten Regierungen erachten die Einführung einer

Wertzuwachssteuer von Grundstücken

für das Reich wenigstens zurzeit nicht für angängig. Mehr die in dieser Beziehung stattgehabten Verhandlungen und Erörterungen ist eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet, die dem Reichstag gleichzeitig mit den neuen Entwürfen zugehen und noch eingehend zu besprechen sein wird. Mittels einer mäßigen Abgabe von den Grundstücksübertragungen läßt sich indessen der Wertzuwachs doch immerhin in etwas auch den finanziellen Bedürfnissen des Reiches dienstbar machen. Der von der Veranlagung der Eigentumsübertragung zu erhebende Wertstempel mit einem Steuerfuß von 1/4 vom Hundert soll als Nr. 12 des Reichsstempeltarifs eingefügt werden und 20 Mill. Mark erbringen.

Als Verkehrssteuern, die an den Geldumlauf antzupfehlen, werden eine

Erhöhung des Stempels für gewisse Wechsel und ein Scheinstempel vorgeschlagen werden, gleichfalls mit einem Ertrage von insgesamt 20 Mill. M.

Der Wechselstempel soll nur für solche Wechsel, die länger als drei Monate laufen, erhöht werden, und zwar im ersten Jahre für einen und dann für je fernere sechs Monate der Laufzeit um eine weitere Abgabe in Höhe des bisherigen Stempels. Dabei handelt es sich um einen wesentlichen Teile um Kautions- und Wechsel, die in weitestem Umfange als Sicherheitsleistung verwendet werden. Bei derartigen Wechseln kommen hauptsächlich kapitalfrüchtige Kreise in Betracht. Dagegen ist der Wechsel, der dem Zahlungsausfall dient, durch die Befreiung auf die langfristigen Wechsel im wesentlichen von einer Steuererhöhung verschont bleiben.

Die Schenkungen

unterliegen in fast allen Staaten einer Stempelabgabe, sei es, daß sie dem Wechselstempel im vollen oder ermäßigten Betrage, oder daß sie einer seltenen Stempelgebühr unterworfen sind. — Bisher hat man in Deutschland von ihrer Veranlagung zu einer Stempelabgabe Abstand genommen mit Rücksicht darauf, daß der Scheinverkehr trotz seiner erheblichen Entwicklung, doch dem Mangel eines Scheinvertrages, das ihm die nötige höhere Rechtsgrundlage zu geben gelangt wäre, bei weitem noch nicht diejenige Ausdehnung erlangt habe, die seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung entspreche. Inzwischen ist das Scheinvertragsumfange auf 11. März 1908 in Kraft getreten und sein Einfluß auf die Hebung des Scheinverkehrs ist deutlich erkennbar. Es erscheint demnach die Erwartung gerechtfertigt, daß der Scheinverkehr die Aufzucht eines ohne Schaden für seine weitere Entwicklung schon jetzt zu tragen in der Lage ist.

Die „Nordd. Allg. Zit.“ versteht die vorstehend wieder-gegebenen Ausführungen mit folgendem Schlußwort: „Wenn die verbündeten Regierungen somit den erhobenen Begehren gegen mehrere der ursprünglich vorgeschlagenen Entwürfe durch Einbringung der vorgenannten Entschlüsse entgegenkommen, so tun sie dies in der Erwartung, daß es nunmehr gelingen wird, zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat eine Uebereinkunft zu erzielen, die die Finanzreform zum baldigen guten Ende führt.“

Deutsches Reich.

Ses- und Personalnachrichten.

* Der „Reichsanz.“ meldet: Gestern morgen begab sich das Kaiserpaar nach dem Truppenübungsplatz Döberitz, wo der Kaiser die Garde-Kavalleriebrigade exerzierte. Vorher fand eine Besichtigung des Garde-Kürassierregiments und des 2. Garde-Mannregiments statt, sowie ein Exerzieren der Leibgarde des 1. Garde-Regimentes.

Die Masse und der Einzelne.

Andrew Carnegie, der vielgenannte amerikanische Philanthrop und Milliardär, veröffentlicht in der „Neuen Revue“ einen wertvollen Beitrag zu dem Thema von der Bewertung der Masse und der führenden Stellung Einzelner. Wir geben aus dem Essay die nachstehenden Sätze wieder:

„Weil der revolutionäre Sozialismus eine ganz andere menschliche Natur zur Voraussetzung hat als die vorhandene, so lohnt es kaum, sich mit ihm überhaupt zu beschäftigen. Die Einführung der sozialistischen Staatsform ist ebensowenig möglich wie deren Umkehrhaltung, solange nicht völlig neue Menschen aus der Erde wachsen. Erst wenn der Sozialismus das fertig gebracht haben wird, dann, nicht eher, müßten wir etwas näher zusehen. Noch aber leben alle Menschen ihr eigenes Leben, und so ist die heutige Ordnung der Natur im Pflanzen- wie im Tierreich. Nur durch Auswahl und Züchtung einer Besonderheit, einer größtmöglichen Abweichung vom gewöhnlichen Typ werden höhere Arten gebildet. Im Zustande der Barbaren war der Stärkere der erste, später im Zustande der Zivilisation wurden die Geistesriesen die Führer, von denen wieder nur einige wenige Marksteine in der Menschheitsgeschichte geworden sind, deren Arbeit und Beispiel die Menschheit auf die jetzige Höhe emporgehoben hat. Nicht Gleichheit, sondern mannigfaltige Verschiedenheit hat diesen Fortschritt herbeigeführt und nur auf dem Wege der Unterchiede kann die Menschheit ihren Marsch nach aufwärts fortsetzen. Eine Massencharaktere muß Bewegungsfreiheit nach allen Richtungen hin haben, muß Gelegenheit finden, seine außergewöhnlichen Fähigkeiten betätigen zu können, um die Ziele zu erreichen, die allem vorgelegt sind, was da lebt und weht. Das „Uebrigbleiben des Passiven“ bedeutet nichts anderes, als daß besondere Pflanzen, Tiere oder Menschen, die über das Gewöhnliche hinausragen, die treibenden Kräfte werden, die alles befruchten. Die großen Lehrer und Gesetzegeber, Dichter und Staatsmänner, Erfinder und Entdecker, sie sind es, die die große gleichförmige Masse vorwärts und aufwärts führen. Zwischen Chapelepepe und dem gewöhnlichen Durchschnittsmenschen fließt ein ebenso großer Abgrund als zwischen dem Kulturmenschen und dem Barbaren.“

„An anderer Stelle sagt der Verfasser: Wir wissen heute, daß Arbeit nicht der Schöpfer aller Reichtums ist, und noch sicherer wissen wir, daß sie nicht den Wert bestimmt, aber das Heim der Arbeit ferner seine in Armut aufwachsende Jugend, die um der Lebensnotdurft willen hart arbeiten muß, aus; in ihr schlummern die Kräfte, von der der Fortschritt abhängt. Die Kräfte haben wenig dazu beigetragen, wir brauchen auch in Zukunft nichts von ihnen zu erwarten. Es fehlt ihnen nur der Sporn, der in der Notwendigkeit liegt, und sie wiegen sich untätig in ihrer behaglichen Mißhe. Es wäre schlimm, wenn der Arme ebenso häßlich. Die menschliche Natur ist nur einmal so gerecht, und deshalb verdient eine Ausnahmestellung, die aus den Kräfte der Reichen kommt, doppelte Ehre und Bewunderung.“

Zur Affäre Gulenburg

wird dem „Tag“ im Anschluß an die Mitteilungen über die Rückkehr des Fürsten Gulenburg aus Gastein und seine neuerliche Ueberfischung nach Liebenberg geschrieben: Am 3. d. M. ging beim Kammergericht das Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation ein, um dessen schleunige Ueberlieferung gebeten worden war. Da sich das Gutachten dahin aussprach, daß mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei, daß der Angeklagte im Sinne der Frage verhandlungsfähig, da den Ausführungen auch zu entnehmen war, daß der Angeklagte haftfähig sei, so wurde erzwungen, ob nicht in erster Linie die bedingungslose Verurteilung geboten sei. Auf Beschluß vom 4. Juni ordnete das Kammergericht dann an, daß der Angeklagte nur mit der Unteruchungshaft zu versehen sei, wenn er binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses die Sicherheit auf 500 000 Mark erhöhe. Diese Erhöhung der Sicherheit wurde mit dem durch die eigenmächtige Auslandsreise bedingten Verhalten des Angeklagten und den in dem Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation getroffenen Feststellungen, also zwei neu herorgetretenen Umständen, begründet. Dieser Beschluß wurde dem mit Zustellungsvollmacht versehenen Vertretiger Justizrat Broncker am 5. d. M. zugestellt und auch dem Angeklagten selbst behändigt. Die in dem Beschlusse gefestigte Frist ist lief daher mit dem 12. d. M. ab. Der Angeklagte trat hierauf seine Rückreise an. Noch am Abend des 12. Juni wurde die gerichtlicherseits verlangte erhöhte Bürgschaft von insgesamt 500 000 Mark gestellt. Wäre das nicht geschehen, so wäre am Vormittag des 13. d. M. die Verurteilung des Angeklagten erfolgt, für die bereits alles vorbereitet war. Kunneer bleibt dagegen der Angeklagte, da er die Bedingungen des Beschlusses des Kammergerichts vom 4. d. M.

erfüllt hat, auf freiem Fuße. Für die bevorstehende Schwurgerichtsverhandlung, die voraussichtlich in der ersten Hälfte des Juli — vor Beginn der Gerichtsferien — unter dem Vorsitz des Landesgerichtsdirektors Rangow stattfinden wird, sind gestern vormittag die Geschworenen ausgelost worden. In Noabit haben die Prozeßvorbereitungen bereits begonnen.

Der Bundesrat

verfammlte sich gestern zu einer Plenarsitzung; vorher hielten die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Zoll- und Steuerwesen, die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Justizwesen und für Rechnungswesen sowie die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen Sitzungen.

Partei Nachrichten.

— Die Geldgeber der „Sozialistischen Monatshefte“. Die Behandlung des Abgeordneten Bebel, daß ein jehiger fortgeschrittlicher Abgeordneter von Frankfurt a. M. — genannt war Stadtrat Dr. Fleisch — für die Unterhaltung der „Sozialistischen Monatshefte“ Geld spendete habe, ist bereits von der Expedientin dieser Zeitschrift, Genossin Mundt, richtiggestellt worden. Herr Dr. Fleisch hat aber auch selbst noch in der „Al. Presse“ auf Verlangen erklärt, er habe mit Geldsammlungen für die „Sozialistischen Monatshefte“ nichts zu tun gehabt. Die Genossin Mundt hatte in ihrer Berichterstattung angegeben, daß nur eine einzige nicht zur sozialdemokratischen Partei gehörige Persönlichkeit in Frankfurt a. M. einen Beitrag gegeben habe. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich dabei um den verstorbenen Charles Hallgarten.

Aus den Kolonien.

Südwestafrika.

Die „Windhuker Nachr.“ vom 15. Mai schreiben: Aus denen hervorgeht, daß die Malaria in den heftigsten Form sowohl bei Weihen, wie bei Farbigen auftritt und verhältnismäßig große Opfer fordert. Selbst im Süden, der als ziemlich malariefrei gilt, herrscht diese Krankheit im Februario, wie im Winter, und überall macht sich der Mangel an genügendem ärztlicher Hilfe stark bemerkbar. Wie die „Dtsch. Südwestafrik. Zit.“ mittelt, ist auch in Swakopmund ein Kind, das nie den Ort verlassen hat, an Malaria erkrankt.

Allgemeine Mitteilungen.

— Von den Berichten der Finanzkommission sind gestern bereits dem Reichstage gedruckt zugegangen diejenigen über die Verringerung des Schiffssteuergebühres, über das Erbrecht des Staates, über die Nachsteuer, über die Tabaksteuer, über die Weinsteuer, Gas- und Elektrizitäts- und Anzeigersteuer.

— Stadtschulrat Geheimrat Dr. Pfundner, Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Breslau-West, tritt im nächsten April in den Ruhestand.

— Die „B. Z. a. M.“ verbreitet, daß Dr. Vosberg, Redo Generaldirektor des neuen Hanja-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie werden solle. Wie der „Voss. Zit.“ von zweiandiger Seite mitgeteilt wird, ist diese Meldung vollkommen unbegründet. Weder sei mit Dr. Vosberg-Redo verhandelt worden, noch sei er für die Stelle in Aussicht genommen.

— Aus Dortmund wird gemeldet: Der evangelische Oberkirchenrat hat den Pfarrern Traub zu einer verantwortlichen schriftlichen Meinung über seine Vorträge in Sagen über das Apostelstum aufgefordert. Von der Einleitung eines Disziplinargerichtsverfahrens ist dem Pfarrern Traub noch nichts bekannt.

— Laut Meldung des „Reichsanz.“ ist die „Loreley“ am 11. Juni von Galata nach Thajos in See gegangen.

Ausland.

Der Bischof als Anarchist.

Nach dem Intraftreten des Trennungsgesetzes in Frankreich ist der größte Teil des französischen Klerus zu ausgesprochenen Gegnern der herrschenden Staatsform geworden und gibt eine Mißstimmung mit einer nicht zu verkennenden Deutlichkeit Ausdruck. Die Ausrufen des Bischofs von Bordeaux, die nahezu anarchistische Prinzipien vertreten, werden, wie das folgende Telegramm berichtet, für den Kirchenfürsten noch ein gerichtliches Nachspiel haben:

Paris, 14. Juni. Kardinal Erzbischof Andrien von Bordeaux hatte in einem Osterbrief geschrieben: „Die Staatsgesetze sind schlechte Gesetze, verpflichten aber das Gewissen nicht, und da die ertigen die heiligsten Interessen der Kirche und der Familie verletzen, haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ihnen den Gehorsam zu verweigern.“ Infolge dieser Stelle wurde seine Verurteilung beschlossene. Er erhielt für heute eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter von Bordeaux. Der Erzbischof will ihr Folge leisten. Die Sache wurde bis zuletzt geheim gehalten, um herrliche Kundgebungen zu vermeiden.

Die Kreta-Frage.

Konstantinopel, 12. Juni. Der jungtürkische „Courier d'Orient“ veröffentlicht folgende von dem neuen „Verein zur Verteidigung der Rechte des Vaterlands“ formulirte Wünsche bezüglich Kretas, die der Regierung überreicht werden:

1. Errichtung einer autonomen Provinz unter der Souveränität des Sultans, Aubertragung des Kommissars Jaimis, Wiederherstellung der ottomanißchen und kretenßischen Flage.
2. Ernennung eines Gouverneurs, der Christ, Kretenser, sogar Untertan einer neutralen Macht, aber kein Grieche sein darf.
3. Beibehaltung der Subabat durch türkische Truppen und Umwandlung der Bai in eine türkische Flottenbasis.
4. Vollständige Gleichheit zwischen Mohammedanern und Christen.
5. Garantie für Leben und Ehre der Mohammedaner und

für die Sicherheit ihrer Landarbeiter. 6. Einstellung einer für die Rückkehr der geflüchteten Kretenser erforderlichen Summe. 7. Wiederaufbau der zerstörten Wägen, Schulen und geistlichen Anstalten aus Kosten des kretenßischen Budgets. 8. Das Recht auf Einschreiten der türkischen Garnison in der Subabat für Aufrechterhaltung der Ordnung, falls die kretenßische Miltz ungenügend sein sollte. 9. Abschaffung des gegenwärtigen provisorischen Zollregimes. 10. Aushebung der Unruheflüchtigen. 11. M. n. e. k. t. i. e für die Anruherflüchtigen, falls sie sich bis zu einem bestimmten Termin unterwerfen. Das die türkischen Forderungen in dieser Ausdehnung irgendwele Aussicht auf Genehmigung bieten der Mächte oder Griechenlands haben, ist ziemlich ausgeschlossen. Dagegen wäre ein Kompromiß auf der Basis des türkischen Programms immerhin denkbar. In trafenem Gegenatz zu allen bisherigen Nachrichten über die Haltung der Türkei stellt die folgende Meldung von einem möglichem Verkauf der Insel Kreta.

Verkauf der Insel Kreta.

Paris, 14. Juni. Der „Temps“ meldet, wenn auch unter Vorbehalt, aus angeblich guter Quelle, die türkische Regierung sei keineswegs entschlossen, mit allen Mitteln, selbst auf die Gefahr eines Krieges, ihre Herrschaft auf Kreta aufrecht zu erhalten. Sie sei geneigt, Kreta gegen eine Geldentschädigung abzutreten und habe verhandlungen in Athen wissen lassen, die Türkei werde 35 Millionen fordern; Griechenland habe bisher 15 Millionen geboten. Die Verhandlungen sollten solange als möglich geheim bleiben, um der Türkei zu ermöglichen, wenigstens den Schein des Widerstandes zu wahren.

Die Lösung des Konfliktes durch Verkauf wäre jedenfalls der glücklicher Ausweg und würde, nachdem durch den Verkauf Bosniens an Oesterreich ein Präzedenzfall geschaffen sei, auch für die Türkei kaum eine erhebliche Demütigung bedeuten. Trotzdem aber dürfte die türkische Regierung bei der ernstlichen Erwägung dieses Planes auf einen Sturm der Entrüstung im eigenen Lande stoßen. Auch ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die kretenßische Regierung zu machen. So glatt wie der bostische Handel wird ein eventueller Verkauf der Insel Kreta jedenfalls nicht verlaufen.

Die innere Lage in Griechenland

ist durch den kretenßischen Konflikt ziemlich verwickelt geworden. Die zahlreichen Anjuridieren benutzen die Gelegenheit, um Stimmung gegen das herrschende Regime zu machen. Man kann bereits von einer förmlichen Krisis reden, über die, wie folgt, berichtet wird:

Athen, 14. Juni. Die Lage hat sich verschlimmert. Die Blätter fragen ängstlich, was nun wohl geschehen wird. Man spricht weniger von einem Kriege, als von der Unvermeidlichkeit innerer Verwicklungen. Beunruhigende Gerüchte liefern gestern um, weil der Bürgermeister, Herr Mercuris, der jüngst einen hohen Orden vom König erhalten hat, alle Anzugsvorschriften zu einer vertraulichen Beratung nach dem Rathause eingeladen hatte, in der er die dringende Mahnung an sie richtete, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Dynastie nicht gestürzt werde. Nach der Versammlung traten die Anzugsvorschriften, die an ihr nicht teilgenommen hatten, zu einer Konferenz zusammen und nahmen eine Resolution an, worin sie die Einladung nach dem Rathause mißbilligten und gegen die Einmischung von Politikern wie auch von Seiten des Bürgermeisters in die Kämpfe des Volkes zur Befestigung der unerträglichen Zustände Verwahrung einlegten. — Kronprinz Konstantin nimmt jede Gelegenheit wahr, sich in die Provinzen zu begeben und dort der Bevölkerung eifrig Patriotismus zu predigen.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 15. Juni

Stadtverordneten-Sitzung.

Salle, 14. Juni.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Stedener, Justizrat Förking, Oberlehrer Prof. Dr. Stangert und Fabrikant Greßler.

Es liegen eine Anzahl Eingänge vor: Herr Otto Reinke knüpft in einer Petition an den hier bestehenden Mangel an Kleinwohnungen an und legt dar, daß er bereit sei, am alten Mühlrain gegenüber der Kaserne

400 bis 500 Kleinwohnungen mit 2-3 Zimmern und Küche zu errichten, aber das sei nur möglich, wenn hinsichtlich des Straßenausbaues Entscheidungen gewährt werden. Leider zeige der Magistrat, da ein Schriftwechsel mit ihm bewei, seine Geneigtheit, darauf einzugehen, und eine billigere Straßenerweiterung, die andere moderne Städte für solche Stadterweiterung unzulässig finden, qualifizen. Da aber das Stadterverordnetenamt unzulässig sich prinzipiell mit den geforderten Entscheidungen im Straßenausbau zu Gunsten des Hans von Kleinow einverstanden erklärt habe, bittet der Petent, man möge sein Projekt durch praktische Anwendung jenes Grundgesetzes fördern. Andernfalls sei es ja völlig ausgeschlossen, daß in Halle noch Kleinwohnungen gebaut werden können. Die Sache geht an den Bauausschuß.

Dorthin wird auch eine Eingabe des Herrn Kretzer und Dohm e. verwiesen, die Terrain, das sie von der Stadt gekauft haben, statt der 3. Beuzone der 2. Beuzone zugewiesen wissen wollen.

Der 3. kommunale Verein bittet um Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung für den Steinweg und die Neue Promenade. Herr Steinweg hat die Petition übergeben, die der Magistrat die Petition abgelehnt habe. Sie wird dem Petitionsausschuß überwiehen.

Weiter wird noch mitgeteilt, daß, da keine größeren Vorlagen mehr zu erwarten seien, das Kollegium Justiz und Magistrat Ferien machen will.

Punkt 1 betrifft die Erweiterung unserer Wassergewinnungsanlage in Beesen.

Herr Stv. Zell erstattet das Referat: Es handelt sich um ein großzügiges Projekt, das auf lange Jahre hinaus unsere Stadt in der Wassererzeugung sicherstellen soll.

Abweidungs und noch weitere große Aufwendungen für Band- anfang nötig, für die in absehbarer Zeit 800 000 bis 900 000 Mark ausgegeben werden müssen. Die gegenwärtige Vor- lage ist sorgfältig vorbereitet und begründet. Unser Wasser- lage ist eine tolle Entwicklung genommen. Im Jahre 1868 war das Nothwehr 4 Kilometer groß, jetzt 190 Kilometer, damals wurden im Jahre 1870 900 Kubikmeter ge- ferdert, 1907 aber 5 167 000 Kubikmeter. Die Tagesleistung beträgt jetzt 20 000 Kubikmeter. Der höchste Verbrauch im letzten Jahre an einem Tag war 9664 Kubik- meter. Die gegenwärtige Vorlage löst die Aufgabe, die die Tagesleistung auf 30 000 Kubikmeter steigern. Ein solcher Verbrauch wird indes erst etwa 1915 eintreten; aber es empfiehlt sich, das Projekt, dessen Ausführung Zeit erfor- dert, schon jetzt zu erledigen. Die Frage, ob unser Wasser- gewinnungsgebiet imstande ist, für ferne Zukunft Halle mit Wasser zu versorgen, ist durch einen so bewährten Sachmann wie Herrn Baurat Pfeiffer nach eingehenden Untersuchungen bejaht worden. Herr Pfeiffer hat seine Ansichten in einer Denkschrift niedergelegt, für die er den Dank der Bürger- schaft verdient. Unser Wassergewinnungsgebiet liegt in dem Gebiet von Saale und Elster und ist 612 Sektar = 2500 Morgen groß. Das Wasser befindet sich zwischen zwei un- durchlässigen Tonstufen. An 137 Stellen sind Bohrungen vorgenommen. Die mächtigste, deren wasserführenden Schichten beträgt 5,22 Meter. Das Referat hält mit dem besten 10,8 Mill. Kubikmeter Wasser, also die doppelte Menge unseres Jahresbedarfs. Das Referat bekommt seine Zufüsse zum ganz geringen Teil von der Nieder- schlagung, zu einem Viertel aus einem unterirdischen Wasser- lag aus dem oberen Saaletal, der parallel zur Saale zieht, und zu drei Vierteln aus der Saale und Elster selbst, von denen Wasser übertritt. Die Zufüsse stehen mit dem Referat unterirdisch in Verbindung, täglich fließen neun Millionen Kubikmeter Wasser. Zu also hinsichtlich des Quantums ist Halle außer Sorgen.

Aber auch in Bezug auf die Qualität sind wir auf beste Verfert. Unser Wasser ist von hervorragender Be- schaffenheit, wie sorgfältige Untersuchungen ergeben haben. Die Kieselsäuren reinigen es ausgezeichnet, und schließlich hilft noch jene gewaltige Filtrieranlage: die Enteisungsan- lage das Wasser von allen schädlichen Stoffen frei zu machen.

Die vorzügliche Beschaffenheit unseres Wassers hat wohl auch in erster Linie mitgeholfen, daß die Sterbfallsziffer seit andauernd bei uns zurückgegangen ist; 1908 nur noch 19 auf 1000 Einwohner. Halle steht damit von 28 Großstädten an 6. Stelle.

131 neue Brunnen sollen angelegt werden. Damit ver- fügen wir dann pro Tag insgesamt über 30 000 Kubikmeter. Die Kosten des Projekts betragen 750 000 Mark.

Herr Stv. D. i. e. als Referent des Rechts- und Ver- fassungsausschusses beauftragt, den Magistrat zu ermächtigen, für Fälle der Not, wenn z. B. für das Durchleiten der Rohrstränge von den betreffenden Grundstücksbesitzern zu hohe Preise verlangt werden, bei der Regierung für das gesamte Gebiet das Enteignungsrecht nachzusehen. Die Verammlung genehmigt diesen Antrag wie das Projekt insgesamt.

Herr Stv. v. Blume spricht namens der Veramm- lung Herrn Baurat Pfeiffer als Vater des Projekts öffent- lichen Dank aus. Halle kann stolz darauf sein, daß ein Mann im Ehrenamt als unbescholtener Stadtrat ihm eine so gemaltete Arbeit geleistet habe. (Bravo!)

2. Die öffentlichen Körperschaften haben zum Zwecke der dring- end erforderlichen Verbreiterung der Friedrichstraße die Grundstücke Friedrichstraße Nr. 10 und 11 angekauft. Um die Ver- breiterung der Straße vorzunehmen, bedarf es jedoch noch der Er- ledigung des Enteignungsverfahrens, das wegen des Erwerbes von dem ehemaligen Domänenbesitzer zur Straße entfallenden Flächen schwebt. Die an Herrn von Bagenstift zu zahlende Enteignungs- entschädigung hat der Bezirks-Ausschuß auf 9996 Mk. festgelegt. Mit Einverständnis der Stadtverordnetenversammlung hat der Magistrat gegen die Höhe der Entschädigung den Rechtsweg be- schritten, worauf auch Herr von Bagenstift Weisungen erlassen hat. Der Prozeß schwebt zurzeit vor dem hiesigen Landgericht und keine Beendigung ist noch nicht abzusehen.

Der Magistrat hat deshalb beschlossen, die Stadtgemeinde im Wege des Dringlichkeitsverfahrens in das Eigentum der fraglichen Grundstücke einweisen zu lassen. Hierzu ist die Hinterlegung der Entschädigungsumme erforderlich. Die Verammlung stimmt zu. (Ref.: Herr Stv. v. Blume.)

3. Weiter stimmt das Kollegium zu, daß Herrn 1910 eine Oberlehrerstelle an der Oberrealschule dem Reformrealgymnasium überlassen wird. (Ref.: Herr Stv. Herzau.)

4. Desgleichen genehmigt sie, daß Herrn 1910 an dem Reform- realgymnasium zwei neue Klassen eingerichtet und eine neue Oberlehrerstelle sowie eine neue Zeichenlehrerstelle für die höheren Knabenklassen eingerichtet werden. Wie der Referent Herr Stv. v. Herzau ausführte, erhalten die Oberlehrer zurzeit außer 660 Mk. Wohnungsgeldzuschuß ein Gehalt von 2700 bis 6000 Mk., die Zeichenlehrer an den höheren Schulen neben 482 Mk. Wohnungsgeldzuschuß ein Gehalt von 1800-3800 Mk. Der Magistrat wird sich bemühen, geeignete Lehrer mit wenigen Dienst- jahren zu finden, und hofft, für den neuen Oberlehrer nicht mehr als 4260 Mk. und für den neuen Zeichenlehrer nicht mehr als 2732 Mk., zusammen also bis 6992 Mk., im Haushaltsplan für 1910 einlegen zu müssen. Da angenommen werden kann, daß das Reformrealgymnasium nach Herrn 1910 wenigstens 60 Schüler mehr zählen wird als in diesem Schuljahre, und diese neuen Schüler ungefähr 8000 Mk. Schulgeld zu bezahlen haben, wird im neuen Haushaltsplan wegen der Einrichtung der neuen Lehr- stellen an den höheren Knabenklassen voraussichtlich kein erhöhter Zuschuß zu leisten sein.

5. In einer Vorlage führt der Magistrat aus: Die Anlage für die elektrische Beleuchtung im Ratseleis- gebäude entspricht nicht mehr den bestehenden Sicherheitsvor- sichtsmaßnahmen. Während nach diesen Vorschriften nur Gummiband- leitungen in Rohren verlegt werden dürfen, sind bei der jetzigen Anlage Gummibandleitungen offen verlegt. Da diese Anlage zu Brandschäden Anlaß geben kann, hat der Magistrat beschlossen, die notwendige Isolierung der Leitungen in diesem Sommer vor- nehmen zu lassen. Durch diese Arbeiten werden 6500 Mk. Kosten entstehen. Die Verammlung lehnte indes die Vorlage ab. (Ref.: Herren Stv. v. Ediger und Pfeiffer.)

6. Wie der Ref. Herr Stv. G. i. m. m. darlegt, sind zu dem am 26. Dezember 1908 mit dem Referent v. Haller hier abgeschlossenen Ver- leihvertrage mit Rücksicht darauf, daß es Herrn v. Haller bei seinem Angebot nur darauf ankam, sich eine lebensläng- liche Rente zu sichern, 360 Mk. für Stempel an die Gerichtsstelle gezahlt worden. Bei der Stempelsteuer-Rention am 20. und 21. Dezember 1907 forderte das Königliche Stempelvereamt in Magdeburg noch die Verwendung eines Stempelstempels in Höhe von 8480 Mk. Wir haben, so heißt es in der Magistratsvorlage, zunächst die Notwendigkeit der Verwendung des Stempelstempels

bestritten und die Entschädigung der Königlichen Oberzolldirektion für die Provinz Sachsen herbeigeführt, nach der wir zur Verwend- ung des Stempelstempels verpflichtet sind. Außerdem ist von uns die Höhe des Stempelstempels bestritten und insbesondere ausgeführt worden, daß die beiden Grundstücke Leipzigerstraße 84 und Königstraße 1 zurzeit der Ueberziehung nicht den im Ver- trage angegebenen Wert von 142 000 Mk. gehabt haben. Durch die vorgenommene Veräußerung wurde ein Wert von 123 765 Mk. ermittelt, den wir als richtig anerkannt haben. Auf Grund dieser neuen Lage und der Entschädigung der Königlichen Oberzolldirektion vom 3. November 1908 ermächtigt das Königliche Stempel- vereamt in Magdeburg die Stempelanzahlung auf 6861,50 Mark. Die Verammlung genehmigt, daß der Betrag von 6861,50 Mark für diesen Stempel dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen wird.

7. Sie genehmigt ferner, daß dem Ausschusse der Wald- erholungsstätte Heide die dem Magistrat vom verstorbenen Bankier M. Pelt als Grundkapital für die Errichtung einer Wald- erholungsstätte für Frauen und Kinder im Jahre 1905 über- wiesenen 300 Mk. nebst Zinsen zur Verwendung für die für Frauen und Kinder eingerichtete Abteilung der Waldholungsstätte Heide überwiehen wird. (Ref.: Herr Stv. D. h. l. e. r.)

8. Beim Abschluß von Verträgen über die Ausba u von Unternehmerrstraßen wurden bisher für Baukon- trolle und für fünfjährige Unterhaltung der Straßenanlage je 5 Proz. der veranschlagten Bauumme erhoben. Um die Straßen- ausbautkosten zu ermäßigen, hat der Magistrat beschlossen:

1. für Bauleitung in Unternehmerrstraßen zwar 5 Proz. der veranschlagten Kosten zu berechnen, bei der Berechnung aber die Kosten für die Kanalisations- und Beleuchtungsanlage außer Anlaß zu lassen,
2. für die fünfjährige Unterhaltung der Straßenanlage nur 3 Proz. der veranschlagten Kosten, mit Ausnahme derjenigen für Erdarbeiten und für Bauleitung, die außer Anlaß lie- gen, zu erheben.

Die Ermäßigungen zu 1 und 2 sollen auch bei denjenigen Verträgen Anwendung finden, die bisher von keiner der Parteien irgend welche Erfüllung erfahren haben, vielmehr ohne tatsächliche Leistung und Gegenleistung geblieben sind.

Herr Stv. Stephan als Referent des Bauauschusses empfiehlt die Vorlage, Herr Stv. v. P. o. b. l. i. t. namens des Finanz- ausschusses gleichfalls, bemerkt aber zugleich, daß sich davon noch keine Beurteilung der Brautigkeit erwarten lasse; dazu lie die Er- ledigung zur geringfügig. Herr Stv. Blume gibt das zu, aber es sei wenigstens ein Anfang. Die Vorlage wird angenommen.

Eine Erklärung der Halleischen Beamtenchaft.

Man schreibt uns: In Nr. 134 des „Generalanzeiger“ vom 11. Juni erschien unter Sprechsaal ein Artikel, der den Angehörigen erwidern kann, als ob er von den Vertretern der Halleischen Beamten veranlaßt worden wäre. Wir haben daraufhin nachfolgende Berichtigung an den „General- anzeiger“ gesandt und stellen Ihnen anheim, die Berich- tigung in Ihrer Zeitung gleichfalls zum Ausdruck zu bringen.

„Die Nummer 134 des „Generalanzeigers“ vom 11. Juni bringt in der 1. Beilage unter der Aufschrift „Aus dem Leserkreis“ einen Artikel, der den Angehörigen erwidern kann, als ob er von den berufenen Vertretern der Halleischen Beamten- schaft veranlaßt worden wäre. Der unterzeichnete Ausschub, dem sämtliche größeren Beamtenvereine ange- gehören, hat mit dem Artikel nichts zu tun. Damit er- ledigen sich auch die Schlussfolgerungen des Artikels.

Für den Ausschub der Beamten:
Der geschäftsführende Ausschub.

Der Oberpräsident beim „Nelson“.

Dem heimischen Ruderboot wurde am Sonntag eine besondere Genugung: Kurz nach 11 Uhr vormittags landeten in der Sala- gi des Deutschen Flottenvereins beim Ruderklub „Nelson“ von 1874 e. V., unter Führung des Klubmitgliedes Herrn Geheimen Kommerzienrates S e d n e r, der Oberpräsident Erz. v. H e g e l, Erzell. Generalleutnant v. L i e b e r m a n n, Vizepräsident des Deutschen Flottenvereins, in Begleitung des hiesigen Ortsgruppen- vorstehenden Herrn Justizrat G l i m m, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. L i n d n e r und anderer Ehrengäste, um dem „Nelson“ in seinem idyllisch gelegenen Heim auf der Peignitz einen Besuch ab- zulegen. Nach Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden Herrn D e t r e i c h und Entgegennahme des in Siegestrophen gereichten Ehrentrautes deutschen Rheinweines, nahm Erzellenz v. H e g e l das Wort, um in warmen, anerkennenden Worten zu danken und des edlen Ruderbootes zu gedenken; die Rede tönte aus in ein don- nerndes Hipp, Hipp, Hurra auf den „Nelson“.

Sie nachfolgte die Besichtigung des umfangreichen Boots- parkes sowie ein Rundgang durch die gesamten Räume des Klubs. Nach herzlicher Begrüßung ging, escorted von mehreren mit Gummifasern bemannten Schülerbooten und Flottengästen unter Leitung des Herrn Professors S t a d e, die Abfahrt der Ehrengä- ste vor sich, denen noch gegen hundert in Parade lebende Bru- der begeisterte Ovationen darbrachten.

An der dann abends von der Saalfloßbrauerei aus bis zu seinem Bootshaus unternommenen Aufstuf der hiesigen drei Verbandsvereine beteiligte sich der „Nelson“ mit ca. 70 Mann- schaften, führte die Gesamtflotte, nach Bootsgattungen in Kie- linie gestellt, an und bei den Ehrengästen des Deutschen Flotten- vereins vorbei.

Verband der evangelischen Jungfrauenvereine.

Am Sonntag, den 13. Juni, hat die 17. Jahreskon- ferenz des Verbandes der evangelischen Jungfrauen- vereine Deutschlands ihren Anfang genommen. Am Morgen wurden um 10 Uhr in allen Kirchen unserer Stadt Fest- gottesdienste gehalten. Am Mittag bestiftigten 300 evangelische Jungfrauen unter Führung ihrer Geistlichen und Gemein- deschwärmern das Diakonissenhaus. Nachmittags um 4 Uhr begann dann im Garten der Franziskaner-Stiftungen die Eröffnungsver- sammlung der Konferenz, zugleich das 10. Jahresfest des Ver- bandes der Halleischen Jungfrauenvereine. Mit einem herzlichen Willkommensgruß an die Unbekannten und doch Bekannten er- öffnete Herr Pastor W a g n e r die Verammlung. Es waren folgende Vereine vertreten: Albersleben 10, Bruden a. d. Helme 13, Calbe a. S. 16, Cönnern 8, Delitzsch 16, Weh- senfelds 13, Delitzsch 50, Dessau 20, Döben a. d. Wulde 3, Ellenburg 38, Erfurt 35, Feldra. d. Eisenb. 15, Könnicht 18, Sitten 2, Leip- zig 94, Nitzsch 11, Oertritz 40, Wittenberg 3, Wühlhausen 18, Raumburg 35, Rietzen 16, Oertritz 1, Sangerhausen 9, Scha- fte 12, Schöngitz 17, Weißenfels 11, Sandersleben 21, Osma- 12, Wippra 5, insgesamt ca. 500 und aus hiesigen Jungfrauen- vereinen ca. 700.

Von den Quellen der Kraft redete als erster P. H e i n i c h, Halle. Wir bedürfen neuer Kraft, wir bitten um neue Kraft, wir empfangen sie aus den ewigen Quellen im oberen „Reichstum“.

Tom Wandel in der Kraft gab Fr. G. Müller-Berlin Zeugnis. Taestha kumi, Mädchen, ich sage dir, siehe an, das ist der Bedu- der Seelendes an evangelische Jungfrauen. Wer sich von ihm anziehen läßt, muß beten: Es ist eine große Kraft von ihm ausgegangen. Der Wandel in der Kraft, weil er von Leb- zungen Jesu Christi wird. Im Geben und Empfangen vollendet sich überhaupt die Gemeinschaft im evangelischen Jungfrauenverein, der der Kirche dient.

Die Auswirkung der Kraft in der Tiefe behandelte dann für das Gebiet der inneren Mission Herr Pastor D. B u r h a r d t, Berlin, der Vorsitzende des Verbandes der Jungfrauenvereine Deutschlands, und zeigte an dem Gelalten Aug. Herrn. Franckes, Frieblers und Wüßern den weltüberwindenden Glauben, der seine Kraft erweist in der Liebe.

In die äußere Mission führte P. F r i e s -Berlin. Weil uns in untern Tagen so weltweite Gelegenheiten zur Missionsarbeit geschenkt sind, gebietet diese alle nach natürlichen Lebensbedeutung evangelischer Jungfrauenvereine. Darum gilt es, sich bekannt zu machen mit dem Missionsvertrage, zum guten Teil dem Geben Aug. Herrn. Franckes, und nicht müde zu werden in unerschöpflicher Missions- arbeit. Auf das Ende, „die Befreiung der Kraft“, richtete P. G ö r t z e r -Bremen die Gedanken. Die Aussicht auf die Voll- endung verpflichtet nur zur emigen Arbeit. Und ob wir hier noch die Kraft Gottes in irdenen Gefäßen tragen: bei dem großen Jung- frauenfest droben wird offenbar werden, was hier in Segen ge- sät ist.

Nachdem durch Herr P. W a g n e r die Verammlung durch Gebet geschlossen war, bewegte sich der Zug zum Denmal Aug. Herrn. Franckes, wo eine kurze Gedächtnisfeier stattfand, in der Herr Geh. Reg.-Rat D. Dr. F r i e s die Schlussansprache hielt. Der Glaube und die Liebe ist mein. Daron geben die Stif- tung ein bleibendes Zeugnis. Wer dem Glauben und der Liebe ihres Gründers nachfolgt, wird viel Früchte schaffen. Evangelische Jungfrauenvereine, tut desgleichen!

Der Halleische Lehrverein hält seine nächste Sitzung morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Evang. Vereins- hause (Hotel Kronprinz), Al. Klausstraße 16. Einziger Ver- handlungsgegenstand ist: „Das neue Lehrerbefol- lungsgesetz und seine Anwendung auf Halleische Verhältnisse“.

Der Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphen- Beamten (Ortsverein Halle) hat am Donnerstag, den 17. Juni, abends 9 Uhr geschäftliche Sitzung im „Schult- heiß“, Poststraße.

Der 2000. Benoit-Luftgas-Apparat wurde am 11. d. Mts. von der Firma Thiem u. Töwe in Halle a. S. der Bekannten Fabrik der Benoit-Gasapparate zum Verkauf gebracht. Der Apparat ist für die Gasverleugung eines großen Schloßes bei Nürnberg bestimmt, hat eine Leistungsfähigkeit von 40 Kubikmeter Gas stündlich (ca. 400 stöckerige Flammen) und wird durch einen kleinen Elektromotor betrieben, der automatisch ein- und ausgeschaltet wird, so daß die ganze Verleugung der ganzen zierlich großen Gasflamme nur darin besteht, den erforderlichen Nachschub zur Gaszeugung, ein spezifisch leichtes Petroleum-Öldestillat (Grosen, Gasolin etc.) nach Bedarf aus einem Eifenfaß in den Apparat zu pumpen, was kaum 10 Minuten erfordert. Das Gas wird zur Beleuchtung des Schloßes mittels hängenden und stehenden Gasglühlichtes, zum Kochen, zur Heißwasserverleugung der Waschl- räume etc. und sonstigen Zwecken, wofür Gas in Frage kommt, verwendet. Die Verleugung von 2000 Benoit-Luftgas-Apparaten, die meisten mit Antrieb durch Gewicht, von 10-20 Flammen an, innerhalb der kurzen Zeit von sechs Jahren (der 1000. Apparat wurde am 11. Oktober 1906 fertiggestellt) ist ebenfalls ein Beweis für die Beliebtheit und Güte des Benoit-Gasapparates im besondern und der Luftgasverleugung für einzelne Gebäude und kleine Städte im allgemeinen.

Nachrichten über Kunst und Wissenschaft und Theater und Musik finden unsere Leser im „Unterhaltungsblatte“.

Provinzial-Nachrichten.

Liberaler Versammlungen.

Im Duerfurter Kreize, in Fregburg a. U. fand am Freitag, den 11. d. Mts., im Schützenhaus eine sehr zahlreich, auch von Landwirten, besuchte liberale Verammlung statt. Den Vorsitz führte der Parteisekretär R o a d -Halle. Die Reichs- finanzreform wurde von Herrn Reichstagsabgeordneten Sommer im sachlicher, harter Form besprochen. In fast einstimmiger Rede wählte der Vortragende seinen aufmerksamen Zuhörer, die wieder- holt und ebenso am Schluß hürmlichen Beifall spendeten, die erste politische Rede zu schreiben. Der Aufforderung des Veran- stalters, die Verammlung, die G r ä n d u n g eines freireichlichen Vereins vorzunehmen, wurde lebhaftes Interesse entgegen- gebracht. Es zeigten sich ca. 90 Personen sofort als Mitglieder in die ausgesetzten Listen ein und viele mehrten ihren Eintritt zur nächsten Verammlung an. Die Leitung des neugegründeten Ver- eins übernahm Herr Chemiker Dr. Kerken, dem eine Kom- mission für die vorbereitenden Arbeiten an die Seite gestellt wurde. Der Verein vertritt tatkräftige Entwidlung. Mit Worten des Dankes an den Herrn Vortragenden und für die liberale rege Beteiligung schloß der Vorsitzende die für den Liberalismus so erfol- gereiche Verammlung.

In Laucha a. U. hielt der liberale Wahlverein Duerfurt am Sonnabend, den 12. d. Mts., eine öffentliche Wählerveramm- lung im Lokale des Herrn Müller. Der Saal und die Tribünen konnten die sehr zahlreich erschienenen Besucher nicht fassen und es mußten viele mit einem Witz auf dem Fuß oder der Treppe vor- lieb nehmen oder überhaupt umkehren. Eröffnet und geleitet wurde die Verammlung vom Herrn Parteisekretär R o a d -Halle. Der Reichstagsabgeordnete S o m m e r sprach im weitläufigen, klaren, oft humorvollen Vortrag über die Reichsfinanz- reform. Eingangs seines Vortrages freute er sich des so unge- wöhnlich zahlreichem Besuches der Verammlung an der Stätte seines früheren Wirkungskreises und ging dann auf die Fragen der Reichsfinanzreform ausführlich ein. Die von der Regierung beim Reichstage eingebrachten Vorlagen unterzog Redner einer eingehenden sachlichen Kritik. Andererseits befand er die von der Puffkommission in wenigen Tagen fertiggestellten Steuer- vorläufe, die nicht nur unlosig sind, sondern auch in jeder Weise das Volk belasten und Handel und Gewerbe schwer schädigen. Bestre- feien von der Wachstums- und der selbstthätigen Interessen- politik der Konvention, denen das Zentrum und die Polen freie Geistesfreiheit leisten, distanzte.

Die vielfachen Beifallsbeweigungen der aufmerksamen Zuhörer bewiesen die fast vollständige Ueberstimmung der Verammlung mit den Ausführungen des Vortragenden, denen am Schluß minutenlanger Beifall folgte. Nach kurzer Pause ergiffen zwei konservativere Red- ner, Herr Oberster Deibel, Deutnant a. D., und Herr Pastor

Das, was dort, am vergangenen Sonntag, das die Zusammenkunft der Kaiserlichen mit dem Generalstab in der Residenz als der wichtigste Moment zu bezeichnen sei; sie stehen mit an derweiliger Stellungnahme der Konventionen und Agrarier, die sie, jeder nach seiner Art, zu erklären suchten.

Unter den lebhaftesten Befehlsbefehlen trat Herr Reichstagsabgeordneter Sommer die besten Ausstellungen entgegen. Im taufälligen Eintreten für Gemeinwohl, Volkswohlfahrt und Volkswirtschaft mühten sich alle freigewählten Bürger in Stadt und Land zusammenzufinden, wenn die großen ersten Aufgaben unserer Zeit erfüllt werden sollen. In diesem Sinne forderte er zur Mitarbeit auf. Die Inanspruchnahme der angelegtesten Ordnung eines freilegenden Bereichs zentralen Willens wies über 60 Beteiligte an, die sich an der Beratung und weiteren Verhandlung wurde Herr Buchhalter Bollmann übertragen. Mit Recht konnte der Vorsitzende auf den vorzüglichen Verlauf und Erfolg der Versammlung für die liberale Sache hinweisen. Mit Dankworten an die Versammelten und einem Satz auf das Vaterland schloß er den Abend.

Vorläufig kein Kaiserbesuch.

Stolberg, 14. Juni. Der für die 2. Augustwoche zugesagte Kaiserbesuch fällt in Folge der Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland und der dadurch notwendig gewordenen Aenderung der Reisebesispositionen weg. Der Besuch soll indes später nachgeholt werden.

Bahnbau.

Mühleln, 14. Juni. Nachdem der Minister die anderweitige Umführung der Nebenbahn Mühleln-Duerfurt am Bahnhof Mühleln genehmigt hat, wird das entsprechend abgeänderte Projekt dieser Nebenbahn nochmals, und zwar vom Sonnabend den 12. bis einschließlich Freitag, den 25. Juni d. Z. im Bureau des Bundesrats zu jederwennigen Einsicht offen ausgelegt. Der Eintritt für den Bahnhof Mühleln wird noch besonders zur Auslegung gelangen.

Zumelienbesuch.

Kassel, 13. Juni. Eine internationale Diebstahlsbande verliert hier nachts einen großen Juwelenbesuch. Der Pfingstliche Uhrenladen wurde vollkommen ausgeplündert. Viele Hunderte goldene und silberne Uhren, Goldringe, Goldketten und Schmuckstücke wurden gestohlen.

Vorgau, 14. Juni. (Gehalt der Mittelschullehrer.) Die künftigen Behörden beschließen, den hiesigen Mittelschullehrern eine Funktionszulage von 500 Mark zum Gehalt der Volksschullehrer zu gewähren. Die Volksschullehrer erhalten 1400 Mk. Grundgehalt, zweimal 200, zweimal 200 und fünfmal 200 Mark Alterszulagen und 450 Mk. Mietentschädigung (2. Servis-Klasse).

Geisa, 13. Juni. (Fähnweibe.) Heute wurde die Fahne des 1899 gegründeten Gesangsvereins „Eintracht“ unter Teilnahme zahlreicher Nachbarvereine am Kriegereidmahl geweiht. In seiner Festrede feierte der Dr. F. W. Herr die hohe Bedeutung des deutschen Liedes und Gesanges, die Fahnweibe vollzog Herr Gemeindeführer Kapitan. Von den Ehrengästen trugen Hr. Günther und Hr. Windner stimmungsvolle Gedichte, die dem von sämtlichen Vereinen gesungenen Fahnlied vorantraten. Am Sonntag, den 17. Juni, wird darauf folgendes Konzert haben die Vereine Gelegenheit, ihr Festes zu feiern. Ein Ball machte den Beschluß.

Hom, 14. Juni. (Aus großer Bergangelegenheit.) Im Juli dieses Jahres sind tausend Jahre seit jenem festsitzigen Tage verfloßen, an dem Heinrich I., der nachmalige deutsche König, zu Walkhausen am Südrhine Hochstift hielt mit der ersten Wahl, einer westfälischen Grafenkonferenz aus Mittelfranks. So uns Jahr 909 herum schenkte ihm auch Heinrich seiner Gemahlin zur Bestreitung ihrer persönlichen Bedürfnisse die Einkünfte des Medens Hom, damals Hofheim genannt, d. h. an der Höhe gelegen, und die Höhe ist zu sehen, wo unsere Kirche steht. Mit Hin schaut die Kirche, d. h. der älteste Teil derselben, (sie wurde nämlich zweimal erweitert, das erste Mal nach der nördlichen Seite hin, das zweite Mal 1844 nach der östlichen Seite) auf ein mehr denn tausendjähriges Alter zurück.

Erst, 12. Juni. (Am hiesigen Gefängnis erhängte) sich heute nacht die Maurersfrau Kerst, die sich in Unterhofschaft befand, unter dem Verdachte, ihr in der Glodengasse gelegenes Haus vorzüglich in Brand gesetzt zu haben.

Nordhausen, 14. Juni. (Der Ballon „Hüringen“) hier gestern gegen 12 Uhr auf und landete um 5 Uhr 20 Minuten bei Klein-Scherfede bei Apherfelden.

Eisenberg, 12. Juni. (Verlassen bin.) Unangenehm überzogen hat ein heftiger Chemann, als er am Abend nach Hause zurückkehrte. Seine Ehefrau war verschwunden und hatte auch die ihr gehörigen Mobilien mitgenommen.

Leipzig, 14. Juni. (Polgen schwerer Zirk.) Mit schweren Brandwunden wurde heute früh die 26 Jahre alte Gekörtsführerin Ehefrau Wernicke ge. Nimmung ins Krankenhaus gebracht; ihr Chemann mußte wegen milderer gefährlicher Brandwunden den Arzt zu Rate ziehen. Angeblich soll habe in der Nacht eine Flasche mit Spiritus über sich ausgegossen und entzündet haben. Ihr Chemann erlitt die Brandwunden bei dem Bekahren, seiner Gattin zu Hilfe zu kommen.

Vermischtes.

Vom Erdbreden in Südfrankreich

Es liegen folgende Einzelmeldungen vor:

Die Soldaten müssen überall in dem vom Erdbreden betroffenen Gebiete die Einwohner gewaltam davon zurückhalten, in ihre zerstörten Häuser zurückzuführen, da die Ruinen jeden Augenblick einzufliegen drohen. Manches liebreuende Dorf ist in eine Anzahl von Ruinen verwandelt. Die Häuser, die während des Erdbredens nicht einfielen, müssen jetzt von den Vionierern niedergelegt werden, da sie eine ständige Gefahr für die mit den Aufbaumungsarbeiten betrauten Mannschaften bedeuten. Die Leichen sind scheinlich verümmelt. Sie liegen in einer Scheune auf Stroß gebettet.

Ein kleiner Knabe von 12 Jahren, der sich schon aus dem eckigen Hause getrennt hatte, wurde vom fallenden Ziegelsteinen noch auf der Straße erschlagen. Ein 70jähriger Greis wurde vom einfallenden Dache des Dorfklosters getötet, wo er gerade eine Partie Billard spielte. In einem Pflanze spielte ein junges Mädchen, ein Fräulein Trone, einen alten, verwundeten Mann. „Es ist mein Vater“, sagte sie. „Ich konnte ihn mit Hilfe eines Freund-

den retten. Kaiser Hans stieg zusammen, und ich hielt meinen Vater fest, wie er vor mir lag, als ich ihn um Hilfe rufen hörte. Ein junger Mädchen kam mir bei der Seite und Trümmer wegdrängen, und mit ihnen ihn noch lebend. Die Matrone seines Bettes hatte ihn vor dem fallenden Mauerwerk geflüchtet.“

Ein Drittel der Gebäude in Ramboise, einem Städtchen von 2600 Einwohnern, ist zerstört. Die kleine Kirche, die erst vor kurzer Zeit in die Reihe der historischen Monumente eingereiht war, ist zum größten Teil zerstört und die noch stehenden Reste müssen abgetragen werden. Die Straßen sind vollständig ungangbar und die Häuser Trümmerschutt. Eine Frau mit einem fünfjährigen Kinde auf dem Arm wurde tot aus den Trümmern gezogen. Die Rettungsmannschaften, die auch gestern den ganzen Tag arbeiteten, finden immer noch Opfer unter den Ruinen. In einem einzigen Hause wurden die Leichen von sechs Mitgliefern derselben Familie gefunden. Gestern früh wurden drei kurze Erdstöße verspürt.

Im Departement Loire in dem Grenzgebiet von Firming wurden, wie jetzt bekannt wird, Freitagabend Erdstöße verspürt, die die Bevölkerung mit Schrecken erfüllten. In dem Gebirge dauert die Arbeit fort, jedoch mit besonderen Vorichtsmaßregeln. Es wird auch erst jetzt bekannt, daß während des Erdbredens in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend unter der Besatzung der im Hafen von Toulon liegenden Kriegsschiffe „Charlemagne“, „St. Louis“ und „Gironde“ eine Panik ausgebrochen ist. Die Leute wurden plötzlich durch den Erdstoß aus dem Schlaf geweckt, und in Erinnerung an die fürchterliche Katastrophe an Bord des Schlachtschiffes „Jena“, die sich in dem benachbarten Troendock ereignete, wurden sie von wilder Furcht gepackt und eilten an Land. Es dauerte geraume Zeit, bis es den Offizieren gelang, die Besatzungen dazu zu veranlassen, wieder an Bord zurückzugehen. Ein großer Teil der Mannschaften meldete sich, dem Befehl nachzukommen und kehrte erst am Morgen auf die Schiffe zurück.

Wie der Erdbedenwarte Laibach aus Portoro bei Triume mitgeteilt wird, fand am 12. d. M. gegen 6 Uhr abends ein starkes Erdbeden statt, wobei zahlreiche Häuser umgeworfen wurden.

Das Malteser verdrückt. In den Predigten die 16-jährige Laura Klingenberg am 30. April vorigen Jahres in Aachen Rede erwidert zu haben, ist ein Mann geraten, der zuerst im Gesangsverein zu Bittlinghausen eine Strafe verübt. Er soll den Mord einem Freunde gegenüber gestanden haben.

Der Kampf um den Sessler. In Aquila spielte sich am letzten Sonntag ein seltsamer Fall von religiösem Massenfanatismus ab. Auf Veranlassung des Bischofs war bei der Bevölkerung jeder beliebige provisorische Gefäß des Prof. Angelo Ricciardi abgerufen und durch einen anderen Priester namens Lauria ersetzt worden. Die Bevölkerung beschloß, ihren früheren Gefäßlichen mit Gewalt zurückzuführen. Mit dem ganzen Gemeinderat an der Spitze zogen Männer, Frauen und Kinder nach der Stadt Aquila, hielten ihren geliebten früheren Pfarrer Ricciardi aus seinen Worten und zwingen ihn, auf dem Wagen Platz zu nehmen; darauf lehnte die Ghar unter Verehrungen auf den Bischof nach Rom zurück. Die Frage ist nun, wie der Bischof seinen Willen trotzdem durchsetzen wird. Die Behörden haben ihm jede Beistände verweigert.

Widriger Unfall in Mexiko. Der Sohn des Chefredakteurs der Grager Montagzeitung, Hans Witalm, der sich seit einiger Zeit in Mexiko aufhielt, um Vorbereitungen zu einer Reise an den oberen Nil zu treffen, hatte eine Einladung eines Dorfchefs zur Jagd erhalten. Am Abend wurde durch die Wüste führte er so unglücklich mit dem Spure, daß er sofort tot liegen blieb. Seine Begleiter Professor Müller und Christomanos bargen die Leiche.

Fremde Fragen auf dem Straßensplatter. Eine eigenartige Melame werden, namentlich in Schöneberg, einzelne Sektierer-Gemeinden an, in die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Verhandlungen zu lenken. Fragen, wie „Wo wirt Du die Ewigkeit zubringen?“ „Was hast Du bisher für das Best deiner Seele getan?“ „Bist bereit Du dich auf den Tod zu gehn, um werben, wenn ich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, mit großen Lettern auf das Straßensplatter gedruckt und den Straßensplattler in die Hand gedrückt, mit Angabe des Vortrags- oder Besessales, wo auf die erwähnten Fragen Antwort erteilt wird.“

Zusammenstoß. Im Aktoria hielt in der Nähe des Hauptbahnhofes der nach Hamburg fahrende elektrische Vozortzug mit einem von Blankene kommenden D am p j a g in der Weide auf der Barmsestraße zusammen. Die Lokomotive und drei Wagen des Dampfzuges wurden aus den Gleisen gehoben, der elektrische Zug wurde stark beschädigt. Ein Reisender wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Eine halbe Million Diamanten unterflagen. Im Antwerpen-Diamantfeld erregt eine Unterflagen von Diamanten im Werte einer halben Million Senfation, da in Verbindung damit ein Mann genannt wird, der dieser Lage eine Seilanstalt aufsuchen mußte. Die gerichtliche Untersuchung ist im Gange.

Mutet im Gerichtsgebäude. Eine Muttet hat sich im Gerichtsgebäude zu Sagan ereignet. Dort hielt während des Termines die 16 Jahre alte Kandidatentochter Emma Kade ihrem früheren Geliebten, dem Weber Edward Linke, mit dem sie das Verhältniss gelöst hatte und der als Belastungszeuge in einer Diebstahls- und Betrugsache erschienen war, ein in ihren Kleidern verborgen gehaltenes Taschenmesser in die rechte Brust, so daß dieser blutüberströmte zusammenbrach. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Das Ende des Entschlusses in Groß-Wistereihe wird humorvoll in einem Insekt beleuchtet, das in Form einer Todesangabe gehalten ist und folgendermaßen lautet: „Statt jeder besonderen Anzeige. Nach langem, schweren Leiden verstarb heute unsere geliebte einzige im zarten Alter von 2 Monaten und acht Tagen unter Aufhören des Herrn Kontursverwalters an Verstopfung. Im stillen Beileid bitten: Die hinterlassenen Mieder des Entschlusses-Groß-Wistereihe-Welt.“

Eine Massenmörderin. Die 43jährige Siderin Anna Kubowosky in Wien wurde verhaftet unter dem Verdachte, von vierzehn Personen, die seit etwa einem Jahre bei ihr in Unterquarte waren, fünf er mordet und außerdem zwei Mordversuche begangen zu haben. Die Verhaftete stand im Jahre 1905 im Mittelpunkt eines Betrugschwindel-Prozesses und wurde damals zu zwei Jahren Kerker verurteilt.

Zu einer Schlägerei zwischen Arbeitern, bei der eine Person getötet und mehrere schwer verletzt wurden, kam es in einem bauerischen Dorf. In Rottene (Giemgau) lieferten sich 30 Wasserbauarbeiter in der Rottene eine förmliche Schlägerei, bei der Wesser, mehrere Schwerverletzte. Ein Rottener Arbeiter, der mit einem Kruggeißel der Schlägerei teilgenommen hatte, sah sich nach noch, seinen Angreifern zu entziehen. Die aber, letzten ihm nach und stießen ihn in die vorbeschriebene Lage, wo er erstickte. Acht an der Kauferei beteiligte Arbeiter, darunter mehrere Kroaten, sind entflohen.

Was ist ein Zungegabel? Nach Frage nach in einer unglücklichen Zwischenkunft stieg ein Bekker auf. Ein kleines Mädchen schreie darauf die Antwort: „Ein Zungegabel ist ein glücklicher Mensch, der nicht auf diese Definition gekommen.“ fragte der Bekker: „Die Antwort war: „Bapa hat's gesagt.““

Ruffschiffahrt.

Das Ruffschiff „Z II“ ist wieder ziemlich volgeladent, jedoch findet in diesem Monat kein Ruffschiff mehr statt. Nach dem „Rind, Neuesten Anst.“ wird das Ruffschiff erst am 5. oder 6. Juli seine Fahrten wieder aufnehmen, zu welchem Zeitpunkt auch die Reichstagsabgeordneten wieder eingeladen werden dürften. Graf Zeppelin ist bis zum 23. Juni von Friedrichshafen abwesend.

Letzte Nachrichten.

Die „Freisinnige Zeitung“ über die Steuerpläne der Regierung.

H. Berlin, 14. Juni. (Privattelegramm.) In den Steuerorschlägen der Regierung schreibt die „Freisinnige Zeitung“: „Wenn der Reichsfinanzsekretär, wie zu erwarten, am Mittwoch nach dem Reichstagstag im Parlament das Wort ergreifen wird, um die Steuerorschläge der Regierung zu rechtfertigen, so wird er einen schweren Stand haben. Immerhin stellt sich heraus, was schlecht beraten die Regierung gewesen ist, daß sie nicht die Nachlass oder eine andere Erbschaftsteuer als das Hauptstück ihrer Reformvorlage von vornherein verteidigt hat. Sollte sie das getan, so wäre es nie dazu gekommen, daß die konservative Reichstagsfraktion sich so stark gegen eine Erbschaftsteuer festlegte. Aus dieser schwächlichen Haltung resultiert die gegenwärtige Lage, unter deren Verworrenheit die Regierung selbst in erster Reihe leidet.“

Die Prinz Heinrich-Fahrt in Wien.

Wien, 14. Juni. Nach guter Fahrt von Budapest nach Wien trafen heute nachmittag um 3 Uhr die Prinzinnehmer an der Prinz Heinrich-Fahrt an der Rotunde ein. Als erster kam Prinz Heinrich selbst, förmlich empfangen von einer jubelnden Menge. Der Prinz wurde begrüßt von Erbprinzessin Elisabeth, Bürgermeister Bauer, dem Präsidenten des österreichischen Automobilklubs, dem deutschen Botschafter v. Tschirsich und anderen Herren. — Als erster den Wagen der Konfirmanden traf um 3 Uhr Hagen 604 des Herrn Hugo Holz in Wien ein. Bis 4 Uhr waren 63 Wagen angekommen.

Wien, 14. Juni. Prinz Heinrich von Preußen wird morgen vormittag gegen 11 Uhr vom Kaiser in Audienz empfangen werden.

Eingeborenen-Flucht aus Kamerun?

Breilßel, 14. Juni. Gestern mittag aus dem belgischen Kongo heimkehrende Passagiere erzählten, daß einige Stämme in Süd-Kamerun nach französischem Kongo ausgewandert, weil ihnen die Behandlung von Seiten der deutschen Beamten unerträglich sei.

Welleid bringt eine amtliche Untersuchung Licht in die Angelegenheit, um festzustellen, ob die Hebelstände tatsächlich vorhanden sind, oder ob es sich um böswillige Vermeldungen handelt.)

Beendeter Streit.

Essen, 14. Juni. Die Differenzen im rheinisch-westfälischen Schreinerergewerbe sind beigelegt und die Auslieferung ist aufgehoben worden. Die Geiseln haben die gewünschte Lohnaufbesserung erhalten.

Reichstagswahl.

Neustadt a. d. S. 14. Juni. Die Reichstagswahl für den 2. Wahlkreis Neustadt-Brandenburg findet am 20. Juli statt.

Die Stoda-Ausperrung beendet. Prag, 14. Juni. Nach vierwöchentlicher Ausperrung haben 4500 Arbeiter der Stodamere ihre Tätigkeit bedingungslos wieder aufgenommen. Der Betrieb jetzt heute in vollem Umfange wieder ein.

Der Diamantenfabrikant vor Gericht.

Paris, 14. Juni. Der zweite Prozeß gegen den Diamantenfabrikanten Remoin hat heute begonnen. Der Angeklagte konnte im Laufe der Verhandlungen den Beweis für das berechtigte Tragen seines Ingenturttittels nicht erbringen.

Die Kretafrage.

Konstantinopel, 14. Juni. Die Hoffnung, daß die Großmächte ihre Truppen auf Kreta befehlen, scheint sich zu lösen. Zuvor erklärte, wie der türkische Botschafter in Petersburg mitteilt, daß der Wunsch der Türkei, die Truppenkontingente der Mächte noch auf der Insel zu lassen, nicht erfüllbar sei.

Berschwörung in Montenegro. Catara, 14. Juni. In Montenegro wurde eine neue Berschwörung gegen den Fürsten Nikita entdeckt. 29 Berschwörer sind vorgenommen worden.

Unterhaltungsblatt.

Frankenlose. Roman von Hedda von Schmid. (Fort.) — Frühlingsnacht. Humoreske von Reichhold Drimann. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Rinkmann; für das feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Ernst Alexander Graf; für den Unterhaltenteil: H. Gernann; Meibaum; Druck und Verlag von Otto Senzel, sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umschließt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Main table of stock market data with columns for company names, share counts, and prices. Includes sections for 'Aktien', 'Anleihen', 'Kontokorrent', and 'Währungswechsel'.

